

LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN

PRESSEMITTEILUNG

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Stiftung Klima- und Umweltschutz MV vernimmt weitere Zeugen

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Stiftung Klima- und Umweltschutz MV wird seine nächste Sitzung am 8. September 2023 mit der nicht öffentlichen Vernehmung eines Anwalts beginnen, der das Bergamt Stralsund während des Planfeststellungsverfahrens der Pipeline Nord Stream 2 juristisch beriet. In der noch nicht abgeschlossenen gerichtlichen Auseinandersetzung mit dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) über den Beschluss zum Bau der Pipeline vertritt er das Bergamt vor dem Oberverwaltungsgericht Greifswald.

Als zweiter Zeuge soll in öffentlicher Sitzung ein Mitarbeiter des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Sport des Landes Mecklenburg-Vorpommern vernommen werden. Der Zeuge war zur Zeit der Planung und Genehmigung der Pipeline Abteilungsleiter in der Staatskanzlei.

Sebastian Ehlers, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses: „Wegen des noch nicht abgeschlossenen, aber derzeit ruhenden Hauptsacheverfahrens ‚Naturschutzbund Deutschland e.V. / Bergamt Stralsund‘ vor dem Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern in Greifswald hat das Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit den Anwalt nur unter der Bedingung einer nicht öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses von seiner anwaltlichen Schweigepflicht entbunden. Deshalb können Medienvertreter und Öffentlichkeit am Freitag erst ab 13 Uhr unserer Ausschusssitzung beiwohnen.“

Der öffentliche Teil der Sitzung findet am 8. September 2023 ab 13:00 Uhr im Plenarsaal des Landtages (Schloss Schwerin) statt. Wer teilnehmen möchte, melde sich bitte telefonisch beim Ausschussekretariat (0385 – 525 1661) oder per E-Mail (pu3wp8mail@landtag-mv.de) an.

verantwortlich: LSG/SG 1/DL/2023-09-06

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Pressestelle -
Schloss, Lennéstraße 1
19053 Schwerin
Fon: 0385 / 52 52 149
Fax: 0385 / 52 52 616
Mail: Pressestelle@Landtag-MV.de